

Demokratie und sozialer Fortschritt

Pierre-Yves Maillard, Regierungsrat (VD) und Vize-Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort

Das Jahr 2006 begann mit einem beispielhaften sozialen Konflikt. Der Beschluss der *Swissmetal*-Leitung, die Fabrik in Reconvilier stillzulegen, wurde von den Angestellten mit dem verfassungsmässigen Grundrecht eines Streiks beantwortet. Auf diesen reagierte Martin Hellweg mit der Aussperrung, einer unzulässigen Zwangsmassnahme, die man längst überwunden glaubte. Der Fall zeigt exemplarisch, in welche Richtung ein Grossteil der Schweizer Unternehmer zu gehen gedenkt. Den Verhandlungen wird autoritärer Stil entgegengestellt. Die SP solidarisiert sich vollumfänglich mit den Frauen und Männern, die heute im Jura diese Arroganz bekämpfen. Ebenso wird sie sich mit den Angestellten in zukünftigen Arbeitskämpfen solidarisieren.

Zweites Beispiel, gleiche Logik. Die Schliessung eines Aluminiumwerks in Steg im Kanton Wallis ist ebenfalls die Folge von kalten Berechnungen fremder Manager. Nur dass in diesem Fall jene, die von hier kommen, ihre schönen Sonntagsreden über die «Heimat» halten und den populistischen Nährboden bearbeiten, die Hauptverantwortung tragen. Als Martin Ebner und Christoph Blocher Ende letzten Jahrhunderts die *Alusuisse* kauften, erklärten sie, dass damit weder ein Arbeitsplatzverlust noch ein Verkauf ins Ausland verbunden sei. Seither wurde das Unternehmen an *Alcan* verkauft und Hunderte von Arbeitsplätzen gingen verloren.

Den Höhepunkt erreichen Zynismus, Lügen und Unredlichkeit jedoch bei der *Swisscom*. Das Unternehmen floriert, es verwaltet eines der leistungsfähigsten Telekommunikationsnetze der Welt und bringt dem Bund Milliarden von Franken ein. Für die Anführer des «Bürgerblocks» ist es ganz einfach unerträglich, ein so grosses Unternehmen zu sehen, das der Privatisierung und dem Verkauf an fremde Aktionäre entkommt. Die Affäre hat zumindest das Verdienst, dass sie das wahre Gesicht dieser neoliberalen Rechten zeigt, die immer noch den Bundesrat beherrscht, nachdem sie beim Volk mit zahlreichen Anläufen zur Aushöhlung des Staates gescheitert ist. Insbesondere der Chef des EJPD gefiel sich regelmässig darin, all jene zu beleidigen, die nicht gute Schweizer seien, so genannt *heimatmüde* Bürger, wie er sie nannte. Die Affären von *Swisscom* und der *Alcan* zeigen, wer die grundlegenden Werte der Schweiz verfälscht. Ist *heimatmüde* nicht gerade typisch für jene, die, sobald sie eine Firma mit dem Adjektiv «schweizerisch» sehen, davon träumen, diese schlecht zu machen und zu verkaufen?

Die SP wird die demokratische Kontrolle der Wirtschaft als Eckpfeiler ihrer Politik beibehalten. Sie hat das im Rahmen der bilateralen Verhandlungen mit ihrem Einsatz für flankierende Massnahmen, die diesen Namen verdienen, bewiesen. Sie wird es beweisen bei der wahrscheinlichen Volksabstimmung zur *Swisscom*-Privatisierung in der Hoffnung, auf die Unterstützung einer CVP zählen zu können, die in der Lage ist, ihrem eigenen Bundesrat die Stirn zu bieten.

2004 und 2005 war die SP die wichtigste politische Widerstandskraft gegen die Pläne der Rechten, den Sozialstaat systematisch abzubauen. Es gibt nur wenige Länder, wo die demokratische Linke so erfolgreich wie bei uns Widerstand gegen den Neoliberalismus leistet. Die Rechte in der Schweiz kocht, weil sie ihr Programm einer Thatcher-Revolution noch nicht umsetzen konnte. Bei internationalen Sitzungen spielt sie das hässliche kleine Entlein: Die wichtigsten Unternehmen des Service Public bleiben in den Händen der Öffentlichkeit, Wasser und Elektrizität bleiben öffentliche Monopole, die Privatisierung der Kantonalbanken wurde in den meisten Fällen abgewehrt, die Pläne für eine Verlängerung der Arbeitszeit werden mit Pathos zu Fall gebracht. Daneben hat auch die Ablehnung des Steuerpakets gezeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr einfach von den Parolen weniger Steuern, weniger Staat und weniger Solidarität einlullen lassen. Jedes Mal zeigte sich in der wirtschaftlichen Agenda der tiefe Graben zwischen dem Volk und der politischen Rechten. Alle Punkte ihres Wirtschaftsprogramms sind gescheitert. Um zu zeigen, dass sie weiter vorrückt, bleibt ihr nur noch das Thema der Ausländerfeindlichkeit, das sie bis zum Geht-nicht-mehr pflegt. Dann wäre noch der Kampf gegen die Unsicherheit. Aber die Rechte hat alle Hebel in der Hand und nichts gemacht. Die Netzwerke blühen mehr denn je. Die Zeit bleibt nicht stehen und ohne Ergebnisse in diesem Bereich wird die Partei des Justiz- und Polizeiministers Mühe haben, mit ihren Lieblingsthemen Stimmung zu machen. Man kann nicht gleichzeitig die Kriminalität und den Staat um 30% reduzieren. Entweder oder.

Die SP ist nicht nur eine wirkungsvolle Oppositionskraft. Die Gesundheit hat sich als zentrales Thema der politischen Diskussion festgesetzt. Die SP wird in der parlamentarischen Debatte präsent sein. Aber sie hat auch dazu beigetragen, in die öffentliche Debatte ein echtes Projekt einzubringen, das allein eine tief greifende Reform dieses so komplexen Bereichs ermöglicht. Die Initiative für eine soziale Einheitskasse legt den Grundstein für ein System, das endlich Transparenz garantiert. Ohne diese Transparenz ist keine grundlegende Reform möglich. Und ohne Vereinfachung und soziale Modifikation der Finanzierung wird das unausweichliche Wachstum des Sektors nicht mehr tragbar sein.

Die SP wird ihre Lösungsbemühungen in allen Bereichen verstärken. Ihr neues Wirtschaftsprogramm, das im Juni verabschiedet werden soll, bekräftigt unsere Werte und Absichten. Gegen Liberalisierungs- und Privatisierungsbestreben fordert die SP den Erhalt und Ausbau des Service public und die Demokratisierung der Wirtschaft. Gegen die vom «Bürgerblock» in Gang gebrachten sozialen Rückschritte und die Explosion der Armut setzt sie sich für ein flexibles Rentenalter, die Erhöhung der Kaufkraft und eine gerechtere Steuerpolitik ein. Der Fortschritt steht auf der Seite der demokratischen Linken. Die SP ist fest entschlossen, dessen wichtigste Trägerin zu sein, zusammen mit all jenen, die ihr Land nicht wieder erkennen, seit es in den Händen der Ultraliberalen liegt.